

AL Info

2-3
18

3 Natalie Eberle, die neue Gemeinderätin der AL, im Gespräch über ihre politischen Ziele in der Wohn- und Gleichstellungspolitik.

4 David Winizki über die prekäre Lage der Gesundheitsversorgung für Sans Papiers.

8 Am 10. Juni stimmt der Kanton Zürich über das AL-Referendum zur Grundstückgewinnsteuer ab. Markus Bischoff erklärt die Nein-Parole.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Und jetzt? Die AL Zürich zwischen den Wahlen ...

Die AL im Aufwind

Eine Konstante der Wahlen der letzten 10 Jahre in Stadt und Kanton Zürich ist der stetige Zuwachs der AL. In den Gemeinderatswahlen 2018 haben satte 1800 Wähler*innen mehr der AL ihre Stimme gegeben als noch 2014. Dass Grüne und SP ebenfalls stark zugelegt haben, ist ein Gegentrend zum weltweiten Rechtstrend, heisst aber natürlich nicht, dass dieser damit schon umgekehrt wäre. Jeder Trend schafft seinen Gegentrend und als Realist sehe ich den Rechtstrend noch deutlich im Vorteil. Der aussergewöhnliche Aufwärtstrend der AL liegt zweifelsohne auch an unserem originellen Politangebot, das sich für viele weder thematisch noch stilistisch in das klassische Links-Rechts-Schema einordnen lässt, auch wenn wir Aktivist*innen uns als linke Partei verstehen. Es muss uns gelingen, einen Teil dieser neuen Wähler*innen für die aktive Mitarbeit in der Bewegung zu gewinnen und damit auch unsere Strukturen in Partei und Parlamenten zu erneuern.

Radikal-pragmatisch im Gemeinderat

Nach dem Wegfall der CVP ist die AL im Gemeinderat ab Mai 2018 die kleinste Fraktion. Die 4 EVP-ler sind in der aktuellen Konstellation der Blöcke bedeutungslos. Die links-grüne Mehrheit von 69 Sitzen wird unser Politisieren im Parlament nicht einfacher machen. Die AL hat mit ihren im besten Sinne radikalen Positionen – solchen, die an die Wurzel gehen – häufig Fragen der bürgerlichen Seite aufgenommen und damit zu einer Schärfung der linken Antworten beigetragen. Wenn die Bürgerlichen zum Beispiel fragen, ob in den Genossenschaften die richtigen Leute wohnen, also diejenigen mit schwachem Einkommen, geht es ihnen natürlich gar nicht um

diese Leute, sondern um die Profitrate der Immobilienfirmen, die möglichst viele Mieter*innen in ihren überbezahlten Wohnungen möchten. Wir aber haben diese Frage aufgenommen und die Forderung von mindestens 20% subventionierten – also zusätzlich verbilligten – Wohnungen für Genossenschaften mit Baurechten der Stadt Zürich durchgesetzt.

Dieses Schema macht Sinn, denn es schafft Kontrolle und Korrektur einer allzu satten etablierten Linken. Wir werden diese Politik inhaltlich schärfen und weiterverfolgen. Der SP mit 43 Sitzen wird es allerdings in Zukunft einfacher gelingen, in wechselnden Koalitionen die radikalpragmatischen Positionen der AL parlamentarisch auszuhebeln. Gut, ist das Parlament nicht die einzige Bühne der politischen Auseinandersetzung. Der AL wird es guttun, mehr als je zuvor im Bündnis mit verschiedensten Partner*innen ausserhalb der etablierten Strukturen in Kämpfe um die Alltagsbedürfnisse der Menschen einzugreifen.

Der Kampf um die Herzen der Menschen

Dies gilt exemplarisch beim Kampf für die Rechte der Menschen, die vor Armut, Krieg und Unterdrückung zu uns geflüchtet sind. Die gesellschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus sind in Genderfragen, in Arbeitskämpfen und in der Migration dieselben. Es geht immer um Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und das Ausspielen der Aktionsfelder gegeneinander führt die Linke in die Irre. Leider ist aber die kulturelle Vermittlung dieser Gemeinsamkeit – also der Kampf um die Herzen der Menschen – an vielen Orten gescheitert und die vom gesellschaftlichen Abstieg bedrohten Schichten wenden

Fortsetzung auf Seite 5

Das komplette Team für mehr Unruhe auf einen Blick: Die 10 frischgewählten Gemeinderät*innen der AL.



Parolen

Abstimmungen vom 10. Juni 2018:

STADT ZÜRICH

Tagesschule 2025 **JA**

FDP-Volksinitiative «Koch-Areal» **NEIN**

Gemeinn. Wohnungsbau Koch-Areal **JA**

Volksinitiative «Freier Sechseläutenplatz» **JA**
Gegenvorschlag GR **Nein**

Stichfrage: **INITIATIVE: JA**

Gartenareal Dunkelhölzli **JA**

Bürogebäude Eggbühlstrasse **JA**

Kommunale Wohnsiedlung Herdern **JA**

Ausbildungszentrum Rohwiesen **JA**

Erweiterung VBZ-Busgarage Hardau und
Ersatzneubau ERZ-Werkhof **JA**

Neubau für die Kriminalabteilung der
Stadtpolizei **STIMMFREIGABE**

BUND und KANTON

Die Parolen werden an der VV vom 17. April
2018 gefasst und auf der AL Webseite publi-
ziert: www.al-zh.ch

Termine

1. Mai-Veranstaltungen: Zeughaushof
Samstag, 28. April, 13/16/17.00 Uhr,
CrashKursMarxismus 1-3, Stadtrundgang
Freiraum&Freiheit; Reframing Freedom;
Freiheit und Revolution bei Hannah
Arendt – Programm siehe www.al-zh.ch

Sonntag, 29. April, 12/13/14.00 Uhr,
CrashKursMarxismus 4-6

Sonntag, 29. April, 19.00 Uhr,
Alternative Liste: Tagesschule: Damit drin
steckt, was drauf steht.

Sonntag, 29. April, 19.45 Uhr,
Alternative Liste: 15'000 Menschen leben in
Zürich ohne geregelte Gesundheitsver-
sorgung.

Dienstag, 1. Mai, 10.00 Uhr,
1. Mai-Kundgebung: Helvetiaplatz.

Dienstag, 29. Mai, 19.00 Uhr,
AL-Generalversammlung, Gemeinschafts-
raum Siedlung Hellmutstrasse «Hellmi»,
Hohlstr. 86.c, 8004 Zürich

Dienstag, 26. Juni, 19.00 Uhr,
AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum
Siedlung Hellmutstrasse «Hellmi»,
Hohlstr. 86.c, 8004 Zürich

Wahlfinanzen der AL

Von Transparenz bei den Wahl- und
Abstimmungsfinanzen reden viele, die AL
praktiziert sie. Wie versprochen legen wir
unsere Abrechnung für die Zürcher Stadt- und
Gemeinderatswahlen vor.

Budgetiert hatten wir 183'500 Franken,
ausgegeben haben wir gemäss provisorischem
Abschluss etwas mehr, nämlich 197'332 Fran-
ken. Der Aufwand setzt sich wie folgt zusam-
men:

AL-Wahlbudget: wieviel wofür

Druckkosten	20 134
Inserate	47 137
Plakataushang	70 430
Online Produktion/Werbung	6 320
Events	2 439
Verteilkosten	9 894
Grafik/Fotografie	35 924
Diverses	5 054
Ausgaben Total	197 332

Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

Wahlspenden	88 511
Beitrag Richard Wolff	26 500
Beitrag AL	60 000
Donation Wahlen	20 000
Einnahmen total	195 011

Aufgestockt gegenüber dem Budget haben
wir deutlich bei den Inseraten, auch der Auf-
wand für Grafik und Fotografie ist einiges
höher ausgefallen – dafür haben wir mit unse-
rem Super-Wimmelbild für Furore gesorgt. Der
AL-Beitrag wird aus allgemeinen Mitteln
– Mitgliederbeiträgen, Mandatsabgaben,
allgemeinen Spenden – bestritten. Bei der
Donation handelt es sich um den Teil eines
Legats einer Sympathisantin der alternativen
Linken. Den grössten Einnahmeposten stellen
mit bis jetzt 88'511 Franken die Spenden, die
gezielt für die Wahlen geleistet worden sind.
Hier fehlen uns noch 2'321 Franken, um die
Wahlkampagne ohne Defizit abzuschliessen.
Alle Spenden stammen von natürlichen Perso-
nen.

Vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2018
haben wir insgesamt 527 Wahlspenden mit
zusammen 88'511 Franken erhalten. Auf-

schlussreich ist die Aufschlüsselung:

Aufschlüsselung Wahlspenden

Anzahl	Betragshöhe	Total
24	1 000 und mehr	28 600
117	200 - 999	33 080
167	100 - 199	17 307
219	unter 100	9 524

Zwar entfällt der Hauptharst der Zahlungen
- 42 % - auf Kleinstspenden unter 100 Franken,
insgesamt erbringen diese jedoch bloss 11% der
Einnahmen. Auf Spenden bis und mit 199 Fran-
ken entfallen rund drei Viertel der Zahlungen,
aber bloss knapp ein Drittel der Einnahmen. Je
ein weiteres Drittel steuern die 117
Spender*innen mit Beträgen zwischen 200 und
999 Franken und die 24 mit Beträgen von 1000
Franken oder mehr bei. Die vier höchsten Spen-
den betragen je 2000 Franken. Die häufigsten
Spendenkategorien sind: 100 Franken (154
Spender*innen), 200 Franken (100) und 50
Franken (93).

Das Fazit ist klar. Die AL braucht beides:
viele kleine Spenderinnen und Spender und eine
solide Anzahl von mittleren und grossen Gönne-
rinnen und Gönnern. Allen, die gespendet haben
und noch spenden werden, an dieser Stelle unser
herzlicher Dank.

Das AL-Wahlteam

**Unruhe
bewahren.**
Jetzt AL-Mitglied werden!

AL

al-zh.ch

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt für Mitglieder der
Alternativen Liste. Abopreis: 10 Franken, im
Mitgliederbeitrag enthalten.

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Marco Toscano, Laura Braun-
schweig, Molkenstr. 21, 8004 Zürich, sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner,
Attilio Stoppa, Marco Toscano.

Neu im Gemeinderat: Natalie Eberle über ihre politischen Ziele



Herzliche Gratulation zu deiner Wahl, Natalie. Hast du sie schon verdaut?

Noch nicht ganz. Die Überraschung und die Freude darüber dauern immer noch an! Ich hatte wirklich nicht damit gerechnet und mich eigentlich als Listenfüllerin gesehen, so wie vor 8 Jahren schon.

Du bist also schon länger in der AL dabei?

Ja, ich bin schon etwa 10 Jahre Mitglied. Ich fühle mich in der AL wohl, weil ich ihre Anliegen mitbringe. Erstaunlich finde ich, dass z. B. an den Vollversammlungen nicht mehr Junge sichtbar sind. Und ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis wäre natürlich auch wichtig. Mit den politisch wichtigen Themen der AL liessen sich aber doch weit mehr Leute abholen an den VVs und zum Einsteigen bewegen. Nehmen wir die aktuelle Debatte über die Observationsverordnung im Gemeinderat. Das ist ein totales Unding, dass man so etwas überhaupt diskutieren muss. Man stellt 5 Steuerkommissäre mehr ein, und 90% der Finanzierungsprobleme sind gelöst. Die finanziell Schwachen haben weder die Energie noch die Ressourcen, sich dieser Dinge anzunehmen. Die Frage, die mir in der Diskussion, wie sie sonst geführt wird, fehlt, ist: Was für eine Gesellschaft wollen wir? Die Signale müssen in eine andere Richtung gehen als jetzt im Parlament, und in der AL bin ich für eine entsprechende Weichenstellung am richtigen Ort. Ich finde es gut, wie die AL die Debatte auf Kurs bringt und wie sie in diesem Fall auch das Thema Sozialpolitik anpackt. Die AL sollte an ihren linken Themen dranbleiben, sodass man in 4 Jahren sagen kann, was man erreicht hat. Mein Ziel ist nicht in erster Linie, in 4 Jahren wiedergewählt zu werden, sondern mitzuhelfen, unsere linke Politik durchzusetzen. Diese Gelegenheit zu haben, etwas zu bewegen, finde ich sehr spannend. Jetzt muss ich mir aber zuerst ansehen, wie man solche Anliegen taktisch am besten im Rat einbringt –

beispielsweise in der Wohnpolitik.

Dass es bei den Fragen ums Wohnen und Bauen in und um die Stadt Zürich um grundlegende sozialpolitische Weichenstellungen geht, lässt sich immer weniger ignorieren. Wo siehst du die zentralen Anknüpfungspunkte für deine politische Arbeit im Gemeinderat?

Mietpreispolitik und Durchmischung der Mieter*innen sind die Punkte, an denen ich die städtische Politik in der Pflicht sehe. Die Stadt sollte einen verbindlichen Rahmen setzen, um die effektive Durchmischung der Bevölkerung der Stadt in den Siedlungen abzubilden. Das Anliegen der SP, günstigen Wohnraum auch Gutverdienenden zur Verfügung zu stellen, ist meines Erachtens nicht zielführend, solange der gemeinnützige Wohnanteil nur 30% beträgt. Und überhaupt sollte das Ziel sein, mindestens 50% gemeinnützigen Wohnbau in der Stadt zu erreichen. Dass man auch im gemeinnützigen Wohnungsbau eine gute Durchmischung anstrebt, ist wichtig. Aber Gutverdienende sollten angemessene Mieten zahlen, um damit den günstigen Wohnraum querzusubventionieren.

Die Stadt müsste hier den Lead haben. Aber natürlich würde es den Genossenschaften gut anstehen, neue Modelle zu entwickeln, durch die sichergestellt wird, dass sich in den Bewohner*innen der Genossenschaft die Bevölkerungsstruktur der Stadt spiegelt. Es gibt neue junge Genossenschaften wie Kraftwerk I und II und Kalkbreite, die sehr innovativ sind und eine andere Dynamik in den sozialen Wohnungsbau bringen. Das ermöglicht neue Diskurse, die auch alteingesessene Genossenschaften inspirieren könnten. Dafür braucht es Leute, die sich einmischen und für eine solche Dynamik engagieren; es reicht nicht, nur billig wohnen zu wollen. Wie diese Veränderungen weitergetragen werden, sieht man z.B. am Neubau der Baugenossenschaft Sonnengarten. Der neue Überbauungs- und Nutzungsplan wurde in Arbeitsgruppen und von der Basis her gemeinschaftlich erarbeitet, auch unter Einbezug von Jugendlichen. Obwohl die Sonnengarten eine alte und eher konservative Institution ist, wurden so interessante Prozesse initiiert.

Die Gleichstellungspolitik ist ein weiteres wichtiges Überschneidungsfeld zwischen dir und der AL. Wo siehst du hier die wichtigsten Baustellen?

Die Quotenfrage ist für mich nicht vom Tisch. Aber die Frage hört für mich nicht bei einer angemessenen Vertretung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft auf, sondern betrifft z.B. auch Dinge wie den Vaterschaftsurlaub. Die Frage nach der Gleichstellung von Frau und Mann ist zentral, auch wenn es um Themen wie

Care-Arbeit geht, wer z.B. Angehörige pflegt oder eben zu den Kindern schaut. Wenn der Kanton hier bremst, kann und soll die Stadt Zürich in dieser Sache eine Pionierrolle einnehmen. Wir haben eine linke Regierung und jetzt auch eine linke Mehrheit im Parlament. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die 4 Jahre bis zu den nächsten Wahlen sind schnell vorbei ...

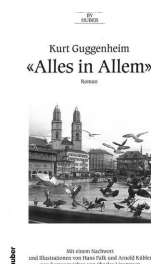
... wobei gerade in der Stadt Zürich ein Bewusstsein dafür vorhanden zu sein scheint, dass Gleichstellungspolitik nicht losgelöst betrieben werden kann von der Problematisierung anderer Formen von Diskriminierung in unserer Gesellschaft ...

... sicher! Und das ist gut so. Es gibt tausend Sachen die man gleichzeitig machen müsste. Und Gleichstellung ist natürlich immer eine Frage der Intersektionalität. Jemand ist nie nur unter einem Aspekt «nicht gleichgestellt». Von geflüchteten Menschen bis hin zu Menschen mit körperlichen Behinderungen, die sich z.B. im öffentlichen Verkehr bewegen wollen. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist für mich aber elementar. Wenn wir dort wirklich etwas erreicht haben, dann wird auch vieles andere sich verändern. Und ich finde, dass man hier auch noch einiges an Potenzial bei der AL abschöpfen könnte – beispielsweise mit einer Frauengruppe oder spezifischen Nachfragen bei AL-Frauen: Was genau sind ihre Anliegen und Bedürfnisse?

Interview: Marco Toscano

AL Buchtipp

Judith Stofer empfiehlt:



Kurt Guggenheim:

Alles in Allem.

Th. Verlag Gut, 2017.

Im Sommer bin ich jeweils weit weg von Zürich. Die vielen Kilometer zwischen meinem Sommerort und der Stadt Zürich bedeuten aber nicht, dass ich

mich nicht mit meinem Heimatort beschäftige. So habe ich mich im vergangenen Sommer auf den 1000-Seiten starken Zürich-Roman «Alles in Allem» von Kurt Guggenheim eingelassen. Ich brauchte einige Seiten Anlauf, um mich an seine leicht mäandernde Erzählweise zu gewöhnen. Kaum war diese Anfangsphase überwunden, konnte ich das Buch nicht mehr zur Seite legen. Wie litt ich mit dem jungen Reiss, der doch unbedingt Schriftsteller werden wollte, aber mit sich selbst haderte, weil er zu hohe Ansprüche an sich selbst stellte. Er beschrieb die politischen Wirren rund um die Streiks von 1917 so packend und aus Sicht unterschiedlichster Akteure, dass sich mir neue Welten eröffneten. Überhaupt: Seit ich Guggenheims Roman gelesen habe, der zwischen 1900 und 1945 spielt, sehe ich Zürich mit neuen Augen.

TS2025 – Die Tagesschule, die (noch) keine ist

Der Gemeinderat hat der stadträtlichen Weisung für die Phase II des Pilotprojekts zum Umbau der Stadtzürcher Volksschulen – was unter dem Kürzel «TS2025» geführt wird – Anfang März mit grosser Mehrheit zugestimmt. Im Juni kommt die Vorlage vors Volk. TS steht für Tagesschule, 2025 für das Jahr, in dem sie flächendeckend eingeführt sein soll. Beides ist ein Etikettenschwindel, denn mangels Schulraum werden im Jahr 2025 noch lange nicht alle Schulkinder in der Schule Zmittag essen können. Und eine Schule, die kurz nach 15 Uhr endet, ist keine Tagesschule.

Auch wenn die AL im Grundsatz hinter TS2025 steht, also der Schaffung von Tagesstrukturen an allen Volksschulen, hat sie doch grosse Vorbehalte, weil sich das Projekt sehr einseitig an rein quantitativen Kriterien orientiert. So sollen die Kosten für den gesamstädtischen Ausbau der gebundenen Mittagsbetreuung möglichst tief gehalten werden – im Wesentlichen durch die Verkürzung der Mittagspause von gegenwärtig 110 auf 80 Minuten, durch die Bildung von grösseren Kindergruppen bei geringerem Betreuungsschlüssel, durch weniger gebildetes Personal und durch die «effizientere» Raumnutzung, was

soviel wie Schichtbetrieb bei der Mittagsverköstigung und forcierte Mehrfachnutzungen von Betreuungs- und Schulräumen bedeutet.

Der AL-Einsatz für sozialgerechtere Lösungen

Kritisch beurteilt muss die verkürzte Mittagszeit besonders deshalb werden, weil sie den Schülerinnen und Schülern weniger Zeit zum Ausruhen lässt. Verschärft wird dieser Umstand zusätzlich dadurch, dass sich an den sogenannten gebundenen Mittagagen – also an den Mittagagen mit über 90% – deutlich mehr Kinder als heute in den Schulen aufhalten werden. Und das an Schulen, die platzmässig immer mehr an ihre Grenzen stossen. Davon zeugt nicht zuletzt die wachsende Anzahl Züri-Modular-Pavillons (aktuell über 60), die vorwiegend Pausenplätze und Spielwiesen verstellen und die gesamte Schulinfrastruktur belasten. Problematisch wirkt sich die verkürzte Mittagszeit und der daraus resultierende frühere Schulschluss am Nachmittag auch auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus, die zu verbessern die TS2025 just behauptet.

Mit einer Erhöhung des Projektkredits um rund 4 Millionen Franken hätte die weitere Senkung des täglich für die gebundenen Mittagage

zur Verfügung gestellten Betrags von 30 auf 28 Franken verhindert werden können. Der entsprechende Antrag der



AL-Fraktion hätte die Sicherung der Betreuungsqualität durch mögliche Mittagszeitverlängerung und höheren Betreuungsschlüssel gewährleistet. Leider blieb der Antrag in der Abstimmung im Rat ebenso

chancenlos wie unsere Forderungen nach sozialgerechten Elternbeiträgen.

Um die Akzeptanz für den quasi-obligatorischen Verbleib der Kinder in den Schulen an den Mittagagen mit Nachmittagsunterricht zu erhöhen und somit die maximale soziale Durchmischung zu erreichen, so argumentiert die Verwaltung, sind die Elternbeiträge pauschal auf sehr tiefe 6 Franken festgelegt worden. Dieser Beitrag kommt insbesondere für mittlere und hohe Einkommen geradezu einem Dumpingpreis gleich, denn die Elternbeiträge machen heute in der Regelschule und an den ungebundenen Mittagagen an den Pilotschulen bis zu 33 Franken aus.

Erfolge bei der Qualitätsverbesserung

Im Hinblick auf die finale Ausdehnung der TS2025-Strukturen auf alle Schulen legen die durch den tiefen Einheitstarif verursachten Mindereinnahmen von mehreren Mio. Franken jährlich die Befürchtung nahe, dass die Betreuung an Qualität einbüsst und mittelfristig auch die Erhöhung der Tarife für die ungebundenen Betreuungseinheiten kein Tabu bleiben wird. Für die beiden Änderungsanträge, die das verbindliche Angebot von Aufgabenhilfe und die Verminderung der Unterrichtsdichte in der Mittelstufe forderten, hat die AL erfreulicherweise eine grosse Mehrheit des Gemeinderats gewinnen können. Mit der somit erwirkten Erhöhung der Projektkosten um 6,8 Millionen Franken wurde eine massgebliche Verbesserung der Betreuungsqualität in den 30 Pilotschulen erwirkt und ein wichtiges Signal dafür gesetzt, in welche Richtung sich das Projekt weiterentwickeln muss. Noch wird jedoch geklärt werden müssen, wie die schulergänzende Betreuung nach 15 Uhr und an unterrichtsfreien Nachmittagen organisiert und finanziert werden soll. Das ist entscheidend, wenn aus TS2025 eine Tagesschule werden soll, die den Namen auch verdient. Die AL bleibt dran. Rosa Maino, Gemeinderätin AL

TS2025 – Vorgeschichte

- Zirka 1990** Einführung von fünf Tagesschulen, die im Gegensatz zu den Quartierschulen als Wahlschulen geführt werden, deren Einzugsgebiet den ganzen Schulkreis umfasst. Ein Angebot, das der hohen Nachfrage nie entsprechen konnte.
- 2005** Annahme des neuen Volksschulgesetzes und die damit einhergehende Einführung von «bedarfsgerechten Tagesstrukturen mit modulartigem Buchungssystem und einkommensabhängiger Tarifierung».
- 2012** Überweisung einer SP-Motion mit dem Auftrag, das Angebot der bestehenden Tagesschulen auszubauen (2 pro Schulkreis), und einer FDP-Motion, die zum Inhalt die Neuregelung der Schulzeiten mit durchgehendem Schulbetrieb von Morgen bis Nachmittag und kurzer «Verpflegungspause» am Mittag hat.
- 2015** Der Weisung für Phase I des Projekts «Tagesschule 2025» mit 6 Pilot-Schulen wird im Gemeinderat mit grosser Mehrheit von links bis rechts zugestimmt.
- 2018** Obwohl der Gemeinderat die Weisung für Phase II – Ausweitung des Projekts TS2025 von sechs auf 30 Schulen – annimmt, drücken zahlreiche Begleitpostulate den Zweifel an der Vorlage aus. Sie kommt im Juni vors Volk.

Fortsetzung von Seite 1

sich von der Linken ab und der extremen Rechten zu. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir im Kampf um die Rechte von Migrant*innen immer im Dreiklang bleiben: Fluchtursachen bekämpfen, Geflüchtete willkommen heissen und die soziale Bewegung aller Prekarierten oder von Prekariisierung Bedrohten unterstützen.

Diesen Dreiklang können wir glaubwürdiger vertreten, wenn wir auch auf nationaler Ebene organisiert sind. Es ist bedauerlich, dass es die radikale Linke nicht geschafft hat, sich auch über den Röstigraben hinweg zusammenzuraufen. Für eine sinnhafte Teilnahme der AL an den Nationalratswahlen 2019 wäre es mehr als wünschenswert.

Die Schweiz ist nicht Zürich und umgekehrt

Eine Sammlungsbewegung der radikalen Linken von Zürich aus zu organisieren macht Sinn. Die Schweiz bewegt sich auf eine alles dominierende Wirtschaftsachse vom bassin lémanique bis Zürich zu. Der Rest droht komplett abgehängt zu werden. Eine linke Sammlungsbewegung ist die richtige Antwort auf die geografisch strukturierte Prekariisierung des Landes. Alles was nicht im Sog der Wirtschaftsmotoren Lausanne und Zürich und ihrer Agglomerationen mitläuft, wird abgehängt und deshalb muss von diesen Zentren aus der Widerstand gegen die immer krasser werdende Umverteilung des Reichtums nach oben organisiert werden. In der Perspektive auf die Kantonsratswahlen 2019 haben die Fraktionen von Gemeinderat und

Kantonsrat eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Exemplarisch erarbeitet eine Gruppe aus beiden Fraktionen mit zahlreichen weiteren Aktivist*innen die neue Gesundheitspolitik der AL. Nicht das lokalfolkloristische Klammern an zwei Stadtspitäler ist dabei der politische Leitstern, sondern eine basisnahe und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle im Kanton. Nicht Ausgliederungen und Teilprivatisierungen sind die Lösung, sondern enge Kooperation aller Akteure im Gesundheitsbereich, auf die wir überhaupt noch demokratisch Einfluss nehmen können. Wir dürfen auf die Resultate der Arbeitsgruppe gespannt sein. Adelante!

**Andreas Kirstein, AL-Fraktionspräsident
Gemeinderat**

15'000 Menschen in Zürich ohne geregelte Gesundheitsversorgung

Eine so grosse Anzahl von Menschen ohne Gesundheitsversorgung zu lassen, ist einer reichen, links regierten Stadt unwürdig. Das findet die AL und verlangt Abhilfe mittels einer Motion, die sie am 1. November 2017 im Gemeinderat eingereicht hat. Um was geht es?

In Zürich leben ca. 15'000 Sans-Papiers, Menschen, deren Lebensmittelpunkt Zürich ist, die aber keine Aufenthaltsgenehmigung und somit auch keine Arbeitsbewilligung haben. Die genaue Anzahl kennt niemand, sie wurden behördlich gar nie registriert. Eingereist als Tourist*innen, dann meist bei Verwandten oder Freunden in der Schweiz, liessen sie ihr Visum ablaufen und suchten eine Bleibe und Arbeit – beides notgedrungenerweise illegal.

Menschen im Asylverfahren sind keine Sans-Papiers – sie sind registriert und haben eine Krankenkasse.

Eine Minderheit von Sans-Papiers war einmal registriert, entweder im Asylverfahren oder durch Heirat mit B-Bewilligung. Sie tauchten unter, wenn ihr Asylgesuch rechtsgültig abgelehnt oder nicht darauf eingetreten wurde und sie die drohende Abschiebung nicht abwarten wollten oder sie (bei unzumutbarer Rückschaffung) das würdelose Fehr'sche Abschreckungsregime ohne Arbeitsbewilligung nicht aushielten. Ebenfalls untertauchen könnten jene, deren Ehe vor den verlangten fünf Jahren durch Scheidung oder Verwittung endete oder die zu viel Sozialfürsorgegeld bezogen haben.

Sind Sans-Papiers krank, lassen sie sich von zuhause Medikamente senden, geben sich in der Permanence als Tourist*innen aus und zahlen

den normalen Tarif oder bitten gutmeinende gesundheitliche Leistungserbringer*innen darum, sie gratis oder zu einem reduzierten Preis zu betreuen. Dabei hätten sie gemäss UNO-Menschenrechtsdeklaration (1948), UNO-Pakt für Sozialrechte (1966) und Bundes- und Zürcher Kantonsverfassung eigentlich Anrecht auf gesundheitliche Versorgung. Auch das Krankenversicherungsgesetz verpflichtet alle Menschen mit Wohnsitz in der Schweiz – und damit auch Sans-Papiers –, eine Grundversicherung abzuschliessen.

Mangelhafte Abdeckung bei der Krankenversicherung für Sans-Papiers

Kaum 10% der Sans-Papiers haben eine Krankenversicherung. Die Gründe: Sie müssen der Krankenkasse ein Domizil angeben, obschon sie nicht registriert sind und keinen Briefkasten haben. Davor haben sie zu Recht Angst. Auch bräuchten sie für den Vertragsabschluss Hilfe, da Angestellte der Krankenkassen sie aus Unkenntnis der Rechtssituation abweisen. Schliesslich könnten sie sich – obwohl sie ein Anrecht auf Prämiensubvention haben – langfristig (die obligatorische Grundversicherung ist unkündbar!) auch die verbilligten rund 300 Franken Prämie bei einem medianen Einkommen von 1'500 Franken gar nicht leisten.

Es lässt sich somit sagen, dass Sans-Papiers tendenziell medizinisch unterversorgt sind und, falls sie nicht alles selber zahlen, auf unwürdige Art und Weise bei „Gutmenschen“ um Gesundheitsversorgung betteln müssen. Das bewog die AL-Fraktion im Gemeinderat, von der Stadt Zürich eine Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers zu fordern, analog zu dem seit 20 Jahren

funktionierenden Genfer Modell: Wegen der prekären ökonomischen Situation der Sans-Papiers dürfen die Gesundheitskosten max. 100 Franken pro Monat betragen.

Der Vorschlag der AL

Unser Vorschlag: Sans-Papiers dürfen bei Gesundheitsproblemen die ambulanten Dienste des Gesundheitsdepartements der Stadt Zürich, z.B. das Ambulatorium Kanongasse oder die Notfallstationen der Stadtspitäler, angehen. Bei grösseren Problemen (Tomographien, Knie- und Magenspiegelung etc.) werden sie in die Spezialsprechstunden der Stadtspitäler überwiesen. Dabei zahlen sie zunächst immer die Jahresfranchise (300 Franken) und dann Selbstbehalt von 10 %, bis maximal 700 Franken pro Jahr – wie bei allen Regularisierten üblich. Den Rest übernimmt die Stadt Zürich.

Müssen Sans-Papiers wegen schwerer Erkrankung, Operation oder Geburt hospitalisiert werden, wird die Stadt wegen der hohen Kosten eine Krankenversicherung abschliessen und die Prämien zahlen. Für Sans-Papiers betragen die Kosten auch dann maximal 1'000 Franken pro Jahr. So erhalten Sans-Papiers einen rechtlich garantierten Zugang zur Gesundheitsversorgung, ohne dafür bei karitativen Institutionen betteln zu müssen.

Wie sagte schon Heinrich Pestalozzi vor 200 Jahren: «Wohltätigkeit ist das Mistloch der Gnade, in dem das Recht ersäuft wird».

David Winizki

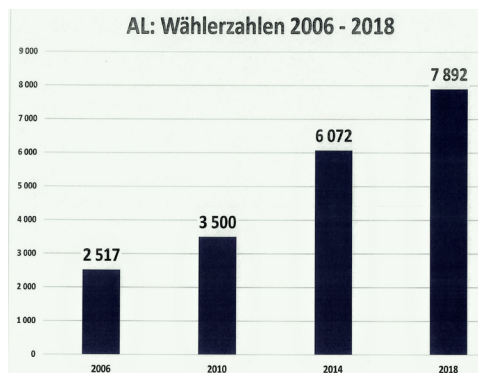
Obertor behalten – Winterthur gestalten



Mit dem Wegzug der Stadtpolizei an einen neuen Standort wird in der oberen Altstadt viel Raum für neue Nutzungen frei. Die Pläne des

bürgerlichen Stadtrats verheissen wenig Gutes. Im Herbst hat er angekündigt, in Zukunft vermehrt Luxuswohnungen fördern zu wollen. So auch am Obertor, das sich gemäss Aussagen von Stadtpräsident Michael Künzle ideal dafür eigne. Ein Komitee aus Mieterverband, SP, Grünen, AL, IG Obertor und Bewohnerverein Altstadt wehrt sich gegen die Pläne des Stadtrats. Es will die einmalige Chance nutzen, mitten im historischen Stadtkern ein 6100 Quadratmeter grosses Areal weiter zu entwickeln und das Bild der oberen Altstadt neu zu prägen. Eine Ende Februar lancierte Initiative verlangt, dass das Obertor in städtischem Eigentum bleibt und an eine Trägerschaft im Baurecht abgegeben wird, die mindestens bei der Hälfte der Geschossflächen eine Vermietung nach dem Prinzip der Kostenmiete garantiert. Mit der Abgabe im Baurecht wird das Land der Spekulation entzogen. Zudem kann sichergestellt werden, dass die künftige Wertsteigerung dem Volksvermögen zu Gute kommt – ganz im Sinne einer nachhaltigen städtischen Finanz- und Bodenpolitik. Die Verpflichtung, die Hälfte der Geschossflächen nach dem Prinzip der Kostenmiete zu vermieten, garantiert, dass breite Bevölkerungskreise von den Nutzungen, die das Areal ermöglicht, profitieren kann und ein lebendiges Stück Stadt entsteht. Katharina Gander, Gemeinderätin AL Winterthur

Wahlen Stadt Zürich: Statistische Nachlese



Statistische Nachlese

Asymmetrische Mobilisierungen der beiden Lager, befeuert von No Billag, aber auch soziale Umschichtungen in der Bevölkerung bestimmten den Wahlausgang. Eine statistische Analyse.

Hohe Stimmbeteiligung – Demobilisierung der SVP

Mit 57.6% war die Stimmbeteiligung ungewöhnlich hoch. Grund dafür ist klar die No-Billag-Initiative. Allerdings nahmen nur drei von vier Abstimmenden auch an der Wahl teil. Von 131'772 No-Billag-Abstimmenden beteiligten sich 100'512 an den Gemeinderats- und 93'415 an den Stadtratswahlen. Das entspricht einem konstanten Trend. Ein Teil des Elektorats übt seine Mitspracherechte nur über Abstimmungen aus und ist nicht bereit, Entscheidungsmacht an Parteien zu delegieren.

Am markantesten ist die Diskrepanz in den SVP-Hochburgen: im Kreis 11 nahmen 35%, im Kreis 12 gar 40% der No-Billag-Abstimmenden nicht an der Stadtratswahl teil (ganze Stadt: 29%). In den linken Wahlkreisen 3 und 4/5 war die Wahlbeteiligung dagegen deutlich höher als üblich.

Wolff deklassiert Leutenegger

Bei den Stadtratswahlen wurde Richi Wolff glänzend bestätigt. 2014 lag er mit 56 Stimmen nur hauchdünn vor Filippo Leutenegger, diesmal verwies er den Möchtegern-Stapi mit 3953 Stimmen Vorsprung auf Platz 7. Gegenüber 2014 gewann er 6'000 Stimmen dazu. \$

Gesamtstädtisch kam Wolff auf einen Stimmenanteil von 51.7%, wurde also von einer Mehrheit gewählt (2014: 45.3%). Damit schöpfte er rechnerisch zu 97% das Wählerpotential von SP, Grünen, AL und PdA bei den Gemeinderatswahlen (53.3%) aus.

Massiver Linksrutsch – Einbruch der SVP

Im Gegensatz zu 2010 und 2014 kam es diesmal zu einer massiven Verschiebung zwischen den Blöcken. Die linken und grünen Parteien (SP, Grüne, AL, PdA) legten um über 10'000 Wählende von 43'466 auf 53'601 zu, in Prozenten von 46.2% auf 53.3%. Die Parteien der bürgerlichen Koalition (SVP, FDP, CVP) büssten gegenüber 2014 über 2'700 Wählerinnen und Wähler ein und fallen von 38.00% auf 32.84% zurück.

Hauptverliererin ist – wie schon 2014 – die SVP, die fast einen Fünftel ihrer Anhängerschaft verliert und von 17.34% auf 12.94% abrutscht (–6 Sitze).

Vom Aufschwung profitieren alle linken und grünen Parteien, klar am meisten die SP. Mit einem Wählerzuwachs von 5'436 legt sie um einen Fünftel zu und kommt auf 32.57% (+3.53%). Damit erreicht sie wieder die Wählerstärke von 2006. Die Grünen verbessern sich deutlich um 2'123 Wählende auf 12.00% (+1.43%).

Markante AL-Gewinne – 11. Sitz knapp verfehlt

Auch die AL gehört klar zu den Gewinnern. Bereits bei den Gemeinderatswahlen 2014 konnte sie ihre Wählerzahl von 3'500 auf 6'072 fast verdoppeln. Jetzt legt sie nochmals um knapp ein Drittel auf 7'892 zu, ihr Wähleranteil steigt von 6.46% auf 7.85%. Am markantesten ist der Zuwachs in den Kreisen 3 (+2.34%), 10 (+2.08%) und 12 (+1.96%). Sogar in ihrer Hochburg, dem Wahlkreis 4/5, vermag sich die AL nochmals um 1.43% auf 16.31% zu steigern. Der AL-Zuwachs ist umso bemerkenswerter, als die PdA erstmals mit eigenen Listen antrat und gesamtstädtisch 756 Wähler (0.75%) mobilisierte. Die AL gewinnt ein Mandat und kommt neu auf 10 Sitze. Für einen 11. Sitz fehlten nur 134 Wählerinnen und Wähler oder 0.14%, ohne die PdA-Liste hätte es sicher dafür gereicht. Der zusätzliche Sitz wäre in den Kreis 12 gegaugen.

Im Zeitvergleich zeigt sich ein stetiger Anstieg seit 2006:

Jahr	Wähler	Prozent
2006	2 517	3.65%
2010	3 500	4.18%
2014	6 072	6.46%
2018	7 892	7.85%

Mobilisierung und Gentrifizierung

Das Wahlergebnis bildet zweifellos die asymmetrische Mobilisierung der beiden Lager ab: starke Mobilisierung bei Linksrgrün, deutliche Demobilisierung bei SVP und CVP. Das ist jedoch nur ein Teil der Erklärung. Daneben beginnt sich auch die schleichende soziale Umschichtung der wachsenden Stadt auszuwirken: mehr Jüngere, mehr Höherqualifizierte und Besserverdienende, Zunahme von Ersatzneubauten und Verdrängung von Älteren und Kleinverdienern. Nicht zufällig verzeichnen SVP-FDP-CVP gerade in dem von einer starken Abbruch- und Neubautätigkeit geprägten Kreis 12 den grössten Aderlass (–9.20%). Gleichzeitig realisieren die Grünen (+3.80%) und die Grünliberalen (+1.45%) hier ihre stadtweit höchsten Zuwächse.

Neue Koalitionsmuster möglich

Mit 69 Sitzen liegen SP, Grüne und AL deutlich über dem absoluten Mehr von 63, das für die Überwindung der Ausgabenbremse erforderlich ist. Mit 38 Sitzen haben FDP und SVP nicht einmal die nötigen 42 Stimmen für ein Behördenreferendum gegen einen Ratsbeschluss. Neben der linksgrünen Allianz (SP, Grüne, AL mit 69 Stimmen) erreichen auch SP/Grüne/EVP das absolute Mehr von 63. Möglich sind auch eine rot-blaue Mehrheit SP/FDP mit 64 oder – ohne AL – eine ökologische Allianz SP/Grüne/GLP mit 73 Stimmen.

Niklaus Scherr

Fehlende Gesundheitskostenplanung



Die Krankenkassenprämien steigen von Jahr zu Jahr. Für zahlreiche Haushalte wird die Bezahlung der Prämien zur ernsthaften Belastung, denn das Lohnwachstum hinkt dem Kostenwachstum

hinter her. Fragt man nach den Gründen für die Kostenexplosion, so erhält man viele Antworten. Eine Antwort will ich herauspicken: Die Fehl- und Überversorgung von Patientinnen und Patienten.

Aufgrund einer Studie des Schweizer Gesundheitsobservatoriums von 2008 geht man heute davon aus, dass rund 30 Prozent der Leistungen in den Spitälern überflüssig seien. Diese erschreckende Tatsache verursacht nicht nur menschliches Leid, sie verursacht auch hohe Gesundheitskosten.

Wie kann es zu einer derartigen kostentreibenden Fehl- und Überversorgung kommen? Ein Erklärungsansatz ist das Zusammenspiel eines Pseudomarktes, der mit der neuen Spitalfinanzierung eingeführt wurde, mit der fehlenden Spitalplanung in und unter den Kantonen. Denn die neue Spitalfinanzierung löst einen regelrech-

ten Bauboom aus. Zwischen 2013 und 2023 sind Bauvorhaben im Umfang von 2,6 Mrd. Franken projektiert. Über den ganzen Kanton Zürich berechnet, wird der Bestand von aktuell 4'344 Betten um weitere 396 Betten erweitert. Dies entspricht einer Mengenausweitung von 9,1 Prozent. Bereits heute ist die durchschnittliche Bettenauslastung im Kanton Zürich mit 78 Prozent sehr tief. Kommen weitere Betten hinzu, dann sinkt die Auslastungsquote noch weiter. Die Spitäler haben massive Überkapazitäten.

Der CEO des Spitals Bülach, Rolf Gilgen, bringt es auf den Punkt, wenn er gegenüber der NZZ sagt: Die Spitäler seien unter Druck. Aufgrund der Tarifentwicklungen seien sie auf steigende Fallzahlen angewiesen. Und hier liegt tatsächlich das Problem: Die DRG-Finanzierung der Spitäler mittels Fallpauschalen setzt eine ungesunde Dynamik in Gang. Die Spitäler haben keinen gesicherten unternehmerischen Planungshorizont mehr. Sie sind tendenzielle unterfinanziert und treten die Flucht nach vorne an. Sie expandieren.

Die Bedarfsplanung des Kantons Zürich rechnete noch bis vor kurzem mit einer stabilen Bettenzahl: Obwohl die Bevölkerung wächst und älter wird, bleibe die Anzahl benötigter Betten stabil, weil die Verweildauer in den Spitälern auch in Zukunft sinken werde. Heute will die

Gesundheitsdirektion von ihrer Prognose nichts mehr wissen. In einer abenteuerlichen Argumentation werden die massiven Überkapazitäten gerechtfertigt. Aber es liegt auf der Hand, dass Überkapazitäten in der Tendenz zu einer Überversorgung führen. Mehr Kapazitäten ziehen zwangsläufig eine Mengenausweitung nach sich. Und das ungebremste Mengenwachstum ist einer der gewichtigsten Faktoren für die steigenden Gesundheitskosten.

Dem trägt auch das Krankenversicherungsgesetz (KVG) Rechnung: Die Kantone sind verpflichtet, nur Spitäler auf die Liste zu nehmen, die einer kantonalen Planung für eine bedarfsgerechte Spitalversorgung entsprechen. Doch dieser Aufgabe kommt der Kanton Zürich nicht nach, er hat bis heute keine bedarfsgerechte Spitalplanung erstellt. Zudem erlaubt das kantonale Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz im Widerspruch zum übergeordneten KVG des Kantons aus Wettbewerbsgründen Überkapazitäten zuzulassen.

Die AL-Kantonsratsfraktion verlangt von der Gesundheitsdirektion echte Massnahmen gegen die kostentreibende Mengenausweitung und fordert eine bedarfsgerechte Akutversorgung, indem keine Überkapazitäten auf die Spitalliste genommen werden.

Kaspar Bütikofer, Kantonsrat AL

Grundrechte für alle, statt für wenige



Alle Menschen haben das Recht auf ein würdevolles Leben - dies gilt auch für Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Der Zürcher Sozialvorsteher gewichtet

mit der Observationsverordnung die Bekämpfung von unrechtmässigem Sozialhilfebezug höher als das Grundrecht auf den Schutz der Privatsphäre.

Kaum vorhandener Missbrauch

Das Sozialinspektorat wurde 2007 eingeführt, als Antwort auf eine Missbrauchsdebatte, bei der gefühlte Wahrheiten die Fakten ersetzten. Tatsache ist aber, dass die Missbrauchsquote bei unter 1% liegt. Die Aufwendungen für das Inspektorat betrugen 2016 rund 1 Million Franken, die vermutete Schadenssumme betrug 1,6 Millionen Franken.

Es ist inakzeptabel, dass Grundrechte eingeschränkt werden, um einen in der Praxis kaum vorhandenen Missbrauch zu bekämpfen.

Verwaltung übernimmt Polizeiaufgaben

Es verstösst gegen die Prinzipien der Gewaltentrennung, dass die Verwaltung Polizeiaufgaben übernimmt. Hier wird nicht observiert, hier

wird überwacht. Das Inspektorat darf Scheinfragen machen und Fahrzeuge ohne richterliche Genehmigung mit GPS-Peilsendern orten. In der Strafverfolgung braucht es für derartige Eingriffe in die Privatsphäre eine richterliche Genehmigung. In der Ratsdebatte wurde darauf hingewiesen, dass ein richterlicher Vorbehalt für den Einsatz von GPS-Peilsendern nicht möglich sei, weil die Instanz dazu fehle. Spätestens hier wird klar, dass diese Verordnung auf kommunaler Ebene falsch angesiedelt ist. Es sollen Mittel eingesetzt werden, die die Grundrechte dermassen einschränken, dass sie eine richterliche Bewilligung benötigen, gleichzeitig fehlt aber die passende Instanz, die juristisch abwägen kann, ob dieser Eingriff verhältnismässig ist oder nicht. Die AL wird zusammen mit den Grünen und drei weiteren Organisationen eine Beschwerde gegen die Verordnung einreichen.

Jagd auf Arme

Ein SP-Stadtratsmitglied ermöglicht die Jagd auf die Schwächsten unserer Gesellschaft. In der Bundesverfassung steht, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Nach den Debatten in den letzten Wochen im Nationalrat, im Zürcher Kantons- und Gemeinderats, steht es schlecht um die Stärke des Volkes.

Ezgi Akyol, Gemeinderätin AL

Unruhe bewahren

31. Januar: Die AL Fraktion fordert eine bessere demokratische Verankerung der Organisation und Führung städtischer Schulen.

23. Februar: AL-Doppelerfolg: Nach der Gebührenreduktion bei ERZ Abfall gibt es nun auch einen Bonus bei ERZ Abwasser. Mieterinnen und Mieter müssen dieses und nächstes Jahr 85 Franken weniger für Abfall und Abwasser zahlen. Firmen sparen 73 Franken pro Vollzeit-Arbeitsplatz.

6. März: Die AL erreicht alle ihrer Wahlziele: die Wiederwahl von Richi Wolff, Sitzgewinn und rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat, Abfuhr für NoBillag.

16. März: TED-Vorsteher Leutenegger bestätigt nach einer Aussprache u.a. mit Andreas Kirstein, dass es bei der Rolf Bosshard AG nicht zu Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen kommen soll. Die AL fordert jetzt Übernahme des Personals durch die Stadt.

21. März: Über 7000 Unterschriften für die Noigass-Initiative in nur einem Monat! Die AL hat fleissig mitgesammelt und war bei der Übergabe im Rathaus dabei.

21. März: An einer Mahnwache auf der Rathausbrücke fordern AL-GemeinderätInnen zusammen mit VertreterInnen anderen Organisationen ein Ende der türkischen Besetzung der kurdischen Gebiete in Nordsyrien, einen Waffenexport-Stopp und die Freilassung von politischen Gefangenen.

Sollen Städte und Gemeinden für Immobilienfirmen bluten?

Am 10. Juni 2018 stimmen wir im Kanton Zürich über Steuergeschenke für Grossbanken und Immobilienfirmen ab. In Zukunft soll die Verrechnung von Geschäftsverlusten bei der Grundstückgewinnsteuer für juristische Personen zugelassen werden. Was furchtbar technisch tönt, ist ganz einfach. Wer ein Grundstück mit Gewinn verkauft, muss darauf eine spezielle Steuer, die Grundstückgewinnsteuer bezahlen. Diese Steuer wird unabhängig vom Einkommen erhoben und fliesst vollumfänglich den Städten oder Gemeinden zu. Der Kantonsrat will nun, dass juristische Personen ihre Grundstückgewinne mit den Geschäftsverlusten verrechnen können und so in schlechten Jahren die Grundstückgewinnsteuer umgehen können.

Im Kantonsrat haben AL, SP, Grüne, EVP und Grünliberale gegen diese einseitige Bevorzugung von Banken und Immo-firmen gestimmt. Schliesslich hat die AL erfolgreich das Referendum ergriffen und im Alleingang über 4'000 Unterschriften gesammelt.

Die Gesetzesänderung ist aus folgenden Gründen skandalös:

Städte und Gemeinden einseitig betroffen

Weil die Grundstückgewinnsteuer allein den Städten und den Gemeinden, nicht aber dem Kanton zufließen, zahlen auch diese allein die Zeche.

Der Stadt Zürich gehen durch diese Gesetzesänderung Millionen verloren. Alleine im Jahre 2012 hätte die Stadt rund 44 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen. Profitiert hätte die Grossbank Crédit Suisse, welche für eine Milliarde ihren Sitz Uetlihof an einen norwegischen Fonds verkaufte. Weil die CS seit Jahren Verluste schrieb, hätte sie keine Grundstückgewinnsteuer zahlen müssen, obwohl sie dank der allgemeinen Wertsteigerung auf Immobilien einen enormen Millionengewinn realisierte.

Auch in Winterthur und in Pfäffikon wären durch diese Revision in einem Jahr bis zu 1,5 Millionen Steuern weniger eingenommen worden.

Firmen profitieren, Private gehen leer aus

Von der Gesetzesänderung profitieren nur juristische Personen. Nur sie können diesen Gewinn mit Geschäftsverlusten verrechnen. Privatpersonen besitzen dieses Privileg nicht. Diese müssen immer Grundstückgewinnsteuern bezahlen. Jede Rentnerin und jeder Rentner muss beim Eintritt ins Altersheim Grundstückgewinnsteuern bezahlen, wenn sie ihr Einfamilienhaus, in welchem sie dreissig Jahre lang lebte, verkaufen muss.

Und weitere Steuersenkungen für Firmen folgen: Wegen der Steuerreform 17, welche

auf die vom Volk abgelehnte Unternehmungssteuerreform III folgen soll, will der Kanton die Gewinnsteuern für Firmen um sage und schreibe inen Viertel senken. Dies führt zu einer massiven Entlastung von juristischen Personen. Einen Grund bereits vorgängig Zückerchen an die Firmen zu verteilen ist, besteht nicht.

Sparen bei den Kleinen. Geldsegen für die Grossen

Die Finanzpolitik des Kantons ist klar. Sparen bei den Kleinen. Entlastung für Gutverdienende, Banken und Firmen. Mit dem Sparprogramm 2016, genannt Leistungsüberprüfung 16, sollen ca. 2 Milliarden gespart werden. Bei der Bildung, beim öffentlichen Verkehr, bei der Prämienvverbilligung für Krankenkassen wird gespart. Die Lehrwerkstätten für Möbelschreiner und jene für das Modegewerbe mussten gar aufgehoben werden. Wer das Schiff benutzte, hatte einen Fünfliber Zuschlag zu zahlen. Das Sparprogramm war unnötig, denn der Kanton schreibt heute satte Gewinne, so dass er die Steuern senken will. Davon profitieren Gutverdienende unverhältnismässig.

Mit der Abstimmung vom 10. Juni 2018 können wir zeigen, dass einseitige Klientelpolitik für Banken und Immobilienfirmen nicht im Interesse der Bevölkerung ist.

Markus Bischoff, AL Fraktionspräsident KR



Am 21. März 2018 hat der Verein Noigass seine Initiative für 100% gemeinnützigen Wohnraum auf dem Neugasse-Areal der SBB eingereicht. AL Aktivist*innen haben fleissig mitgesammelt, so dass die 6000er Marke nach knapp 10 Tagen bereits geknackt war. Herzlichen Dank!